

Pressemitteilung

Nürnberg, 29.01.2016

Die Allianz gegen Rechtsextremismus fordert Dialog statt Spaltung

Am kommenden Sonntag soll in Nürnberg eine Demonstration gegen Gewalt von Flüchtlingen stattfinden, die auf unwahren Darstellungen in den „Sozialen“ Medien beruhen.

Die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg fordert in diesem Zusammenhang Dialog statt Spaltung. „In der Stadt der Menschenrechte gelten diese für alle Zuwanderer egal welcher Herkunft! Vorverurteilungen und Gerüchte, die in „Sozialen“ Medien verbreitet werden, sind keine Fakten sondern massive Verleumdungen“ so Stephan Doll, Vorsitzender der Allianz. „Diese „Stille Post“ wird durch Rechtspopulisten und Rechtsextremisten instrumentalisiert und Menschen egal welcher Herkunft werden getäuscht.“

Zur Stärkung einer solidarischen Stadtgesellschaft ist das Gebot der Stunde: Dialog, d.h. miteinander sprechen, Information und gegenseitiges Kennenlernen. Es ist wichtig gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und sich als Mitglieder der demokratischen Gesellschaft mit oder ohne Migrationshintergrund nicht gegeneinander ausspielen zu lassen.

Die Allianz gegen Rechtsextremismus fordert daher die weitere Stärkung der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte um gegenseitigen Austausch zu ermöglichen und Ressentiments abzubauen.

Den gegenseitigen Austausch setzen verschiedene Mitglieder der Allianz bereits zeitnah um:

Am Donnerstag 18.02.2016 ab 19:00 Uhr veranstaltet der Integrationsrat der Stadt Nürnberg im Gemeindehaus in Langwasser eine Informationsveranstaltung über die Situation von Flüchtlingen in Nürnberg. Bei der zweisprachigen Veranstaltung werden neben anderen Organisationen das Sozialreferat der Stadt Nürnberg, das Haus der Heimat, der Verein der Deutschen aus Russland, der Bürgerverein Langwasser und Integrationspolitischen Sprecher der Stadtratsfraktionen anwesend sein.

Auch die Stadt Erlangen lädt am Mittwoch 03.02. um 18 Uhr im Ratssaal zum Informationsabend ein.

„Die Allianz fordert alle Demokratinnen und Demokraten in der Metropolregion dazu auf, sich am Dialog in der solidarischen Stadtgesellschaft und nicht an der Spaltung derselben zu beteiligen“ so Stephan Doll weiter.